A black and grey logo

AI-generated content may be incorrect.

**Pressemitteilung**

**ZIA lehnt die Verlängerung der Mietpreisbremse in dieser Form ab**

**Berlin, 23.6.2025 –** Der Zentrale Immobilien Ausschuss (ZIA) spricht sich entschieden gegen die geplante Verlängerung der Mietpreisbremse in ihrer aktuellen Form aus. „Die Mietpreisbremse hat weder die Mieten gebremst noch ist sie sozial gerecht – im Gegenteil: Sie verknappt das Angebot und verhindert dringend benötigten Neubau“, erklärt ZIA-Präsidentin Iris Schöberl anlässlich der Anhörung zur Mietpreisbremse heute im Deutschen Bundestag.

Nach Ansicht des ZIA fehlt der Mietpreisbremse die notwendige Zielgenauigkeit: Sie gilt für einkommensstarke ebenso wie einkommensschwache Haushalte und setzt damit keine sozial wirksamen Impulse. „Statt Symbolpolitik brauchen wir eine faire, sozial ausgewogene Lösung, die bezahlbaren Wohnraum durch Neubau ermöglicht“, so Schöberl weiter.

Die Zahl der fertiggestellten Wohnungen ist seit Jahren zu niedrig: Im Jahr 2024 wurden lediglich 251.900 neue Wohnungen fertiggestellt – ein Rückgang von 14,4 Prozent im Vergleich zum Vorjahr und nahezu der niedrigste Wert seit 2015. Die Folge: Eine Neubaulücke von rund 600.000 Wohnungen – Tendenz steigend.

ZIA fordert gezielte Reformen:

* Begrenzung der Mietpreisbremse auf tatsächliche Problemlagen – etwa einzelne Stadtteile statt ganzer Städte.
* Transparente Begründungspflicht für Länder, inklusive Maßnahmen zum Wohnungsneubau.

„Wer dauerhaft Investitionen blockiert, verschärft die Wohnungsnot für alle – besonders für die Schwächeren. Eine sozial gerechte Wohnungspolitik braucht Planungssicherheit und keine Symbolpolitik“, mahnt Schöberl.

Statt einer Verlängerung der Mietpreisbremse fordert der ZIA ein Umdenken: Ein investitionsfreundlicher Rahmen, schnellere Verfahren und eine smarte Flächenpolitik sind die wirksamsten Hebel für mehr und bezahlbaren Wohnraum.

Ebenfalls im Rahmen einer Anhörung wird heute im Bundestag über ein steuerliches Investitionsprogramm beraten. Aktuell fehlen in dem Gesetzesentwurf leider noch steuerliche Anreize für den Neubau von Immobilien. Diese sollten noch aufgenommen werden, um für den dringend benötigten Neubau zu sorgen.

---

**Über den ZIA**

Der Zentrale Immobilien Ausschuss e.V. (ZIA) ist der Spitzenverband der Immobilienwirtschaft. Er spricht durch seine Mitglieder, darunter mehr als 30 Verbände, für rund 37.000 Unternehmen der Branche entlang der gesamten Wertschöpfungskette. Der ZIA gibt der Immobilienwirtschaft in ihrer ganzen Vielfalt eine umfassende und einheitliche Interessenvertretung, die ihrer Bedeutung für die Volkswirtschaft entspricht. Als Unternehmer- und Verbändeverband verleiht er der gesamten Immobilienwirtschaft eine Stimme auf nationaler und europäischer Ebene mit Präsenz in Brüssel, Wien und Zürich – und im Bundesverband der deutschen Industrie (BDI). Präsidentin des Verbandes ist Iris Schöberl.

**Kontakt**

ZIA Zentraler Immobilien Ausschuss e.V.

Leipziger Platz 9

10117 Berlin

Tel.: 030 / 20 21 585 – 0

E-Mail: [presse@zia-deutschland.de](mailto:presse@zia-deutschland.de) Internet: [www.zia-deutschland.de](file:///C:\Users\benjaminbenirschke\Downloads\www.zia-deutschland.de)